

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 160 (1994)

**Heft:** 5

**Rubrik:** Internationale Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Schweden

### Aktivitäten der schwedischen Luftfahrtindustrie

Schweden will seine rüstungstechnischen Kontakte weiter ausbauen. Anlässlich eines Besuches des britischen Verteidigungsministers Riefkind im letzten Februar in Stockholm wurde zwischen den beiden Ländern ein Kooperationsabkommen in Rüstungsfragen vereinbart. Mit einem Memorandum of Understanding (MOU) wird eine intensivere Zusammenarbeit in Rüstungsfragen, insbesondere im Bereich der Luftkampfmittel, angestrebt. Kernpunkt dieser Abmachungen ist die künftige Zusammenarbeit zwischen den schwedischen Saab-Werken und der British-Aerospace bei der Entwicklung neuer Mittel für die Flugzeugbewaffnung. Dabei geht es insbesondere um das schwedische Projekt einer neuen Luft-Luft-Lenkwanne (Projektbezeichnung S-225X), die für das neue Kampfflugzeug JAS-39 Gripen vorgesehen ist. Zusammen mit British-Aerospace erhofft man, diese moderne Bewaffnung später auch für den Eurofighter 2000 anzubieten, der ab zirka 2000 den Luftstreitkräften von Grossbritannien, Deutschland und Italien zugeführt werden soll.

Die schwedische Regierung

beschloss im weiteren die Bildung eines Nationalen Flugtechnischen Forschungsprogrammes (NFFP) in die Wege zu leiten, das unter starker Mitwirkung von technischen Hochschulen und der eigenen Luftfahrtindustrie aufgebaut werden soll. Mit einem ersten Programm, für das der Staat und die Industrie in den nächsten drei Jahren je 30 Millionen SEK (zirka 6 Millionen Franken) zur Verfügung stellt, sollen 5 Forschungsprojekte in den folgenden Bereichen angegangen werden:

- Aerodynamik, Akustik und Verbrennungstechnik,
- Strukturmechanik, Material- und Produktionstechnik,
- Flugmechanik und Human-technik,
- Vorprojektierungsmethodik und Optimierung,
- allgemeine Systemtechnik.

Neu wird zudem in Linköping ein Nationales Flugtechnisches Forum (NFT) gebildet. Dadurch erhofft man sich in Schweden eine Verbesserung der Ausbildungs- und Forschungsmöglichkeiten in den Bereichen der Luftfahrttechnik. Dabei werden langfristige Zielsetzungen festgehalten, die von einer Reihe von staatlichen und privaten Organisationen unterstützt werden. Darunter befinden sich die FMV (staatliche Rüstungsbeschaffungsbehörde), die FOA (nationale militärische Forschungsan-

stalt), die FFA (die flugtechnische Versuchsanstalt in Bromma), die Technischen Hochschulen von Stockholm, Göteborg und Linköping sowie die Firmen Saab-Scania AB und Volvo Flygmotor AB.

Neu wird an der Hochschule in Linköping ein Studium für Zivilingenieure mit flugtechnischer Richtung ermöglicht. In

Stockholm werden hingegen neue Ausbildungsrichtungen mit Schwergewicht Aerodynamik, Materialtechnik und Konstruktion errichtet. Dadurch will man in Schweden Nachwuchskräfte für den weiterhin als bedeutend und wichtig angesehenen Bereich der Luftfahrtindustrie heranbilden. hg

## Deutschland

### Trilaterale Gespräche der Verteidigungsminister Polens, Frankreichs und Deutschlands

Zum erstenmal in der Geschichte trafen sich die Verteidigungsminister Polens, Frankreichs und Deutschlands zu trilateralen Gesprächen am Dienstsitz des französischen Verteidigungsministers in Paris. Gegenstand der Gespräche waren die «Partnerschaft für den Frieden», gegenseitige Unterrichtung über den Stand der Zusammenarbeit, trilaterale Projekte und Informationsaustausch über die Lage Ex-Jugoslawiens.

In der gemeinsamen Erklärung wurde festgehalten: Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung, Unterstützung des Wunsches Polens, internationaler Bestandteil der EU, der WEU und der NATO zu werden, Planung gemeinsamer Stabs- und Rahmenübungen und von Übungen mit Volltruppe, Zusammenarbeit bei den Massnahmen gemeinsame Sitzungen von Sachverständigen sowie Planung und Durchführung von Übungen.

### Bericht des Wehrbeauftragten des deutschen Bundestages

Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages, Biehle, legte der Öffentlichkeit in Bonn einen sehr kritischen Bericht über die Lage der Bundeswehr vor. Er gipfelte in der Feststellung, die Bundeswehr befände sich in einem schlechten Zustand. Sie werde durch Geldmangel, Ungerechtigkeiten und Selbstzweifel beunruhigt. Die Motivation der Soldaten habe Schaden genommen. Den Soldaten, die an den Einsätzen in Kambodscha und Somalia teilgenommen haben, stellte er uneingeschränktes Lob aus.

Im Kern begründete er seine Feststellung mit der Stellung

von drei Aufgaben nach der Vereinigung ohne politische Vorgaben zu ihrer Erfüllung, vor allem fehlender Klarheit über finanzielle Mittel mit dauernden Eingriffen in den Verteidigungshaushalt. Die drei Aufgaben, Verringerung der Bestände auf 370 000, Aufbau der Streitkräfte in den neuen Bundesländern und Neustrukturierung der Führung, erforderten klare Vorgaben und Rahmenbedingungen, die Parlament und Bundesregierung bis heute nicht gegeben hätten. Der fehlende Konsens zu den Auslandeinsätzen vermittelte den Soldaten das Gefühl, Parlament, Regierung und Gesellschaft seien nicht fähig, Gewissheit über die künftigen Aufgaben der Bundeswehr zu schaffen. Viele Soldaten täten sich schwer, Politikern und Vorgesetzten noch zu trauen. Tadel trifft auch die Leitung des Verteidigungsministeriums. Auf getroffene Entscheidungen müsse Verlass sein. Wenn Stationierungsentscheidungen ständig umgestossen würden, verunsichere das die Soldaten und ihre Familien. Lebensplanung sei nicht möglich. Die Wehrpflicht fände unter den betroffenen jungen Männern immer weniger Befürworter. 30% werden freigestellt, 30% verweigern den Wehrdienst, der Rest reiche gerade quantitativ, den Bedarf zu decken. Es sei an der Zeit, die verfassungsmässige Rangordnung, Regelfall Wehrdienst – Ausnahme Kriegsdienstverweigerung, wieder durchzusetzen. Des weiteren sprach er die Mängel in den Hauptverteidigungskräften und die Gefährdung der Einsatzbereitschaft durch fehlende materielle Voraussetzungen bei der Ausbildung, insbesondere beim Schiessen und bei Übungen an. Seine Einschätzung belegte er durch viele Beispiele.

Verteidigungsminister Rühle



Zusammen mit British-Aerospace will Schweden neue luftgestützte Lenkwaffen u.a. auch für den JAS-39 Gripen (Bild) entwickeln.

würdigte den Bericht als Warnung vor weiteren Einsparungen bei der Bundeswehr. Er stimmte der Feststellung zu, dass sich Parlament, Bundesregierung und Gesellschaft klar

zur Bundeswehr bekennen müssen und forderte eine eindeutige verfassungsmässige Grundlage für Auslandsätze. Tp.

## Italien

### Das neue Verteidigungsmodell des PDS

Die Nachfolgepartei der KPI, der Partito Democratico della Sinistra (PDS), hat ihre Vorstellungen über die Verteidigungskräfte Italiens publiziert.

Die Experten dieser Partei sehen für die Zukunft vorwiegend kleine Konflikte in gewissen Regionen Europas oder in Randzonen vor. Deshalb sei die Verteidigungskapazität Italiens zu reduzieren, eine Integration in europäische Militärstrukturen anzustreben. Andererseits müsse international gesehen der Schutz des Friedens an eine permanente Streitmacht der UNO delegiert werden, die aus einzelstaatlichen Elementen zusammengesetzt wird.

Hieraus ergibt sich für den PDS, dass die europäischen Armeen bis zum Jahr 2000 um die Hälfte verkleinert werden müssen. Für die Verteidigung des eigenen Landes genügen leichtbewaffnete Kräfte. Die der UNO zur Verfügung gestellten Einheiten müssten professionell, flexibel, einsatzbereit und mobil sein.

Die WEU solle die europäische militärische Integration mit strikt defensivem Charakter durchführen und trotzdem jedem Land seine Autonomie lassen. Die NATO müsste radikal umgeformt werden, um zu einem Garantieinstrument der KSZE und/oder der UNO zu werden.

Italiens Streitkräfte hätten unter diesen Voraussetzungen folgende drei Aufgaben:

1. Verteidigung zu Lande und in der Luft der Grenzen im Nordosten des Landes,
2. Verteidigung zur See und in der Luft im Mittelmeer,
3. Teilnahme an der UNO-Streitmacht.

Hiefür genügen – nach Ansicht der PDS – 145 000 Mann statt der bisherigen 379 000 Mann sowie 314 000 Reservisten. Details werden nur wenige angegeben, dagegen bestehen Vorstellungen über die Beschneidung der Ausrüstung. Nebst Berufsmilitär sollen Freiwillige dienen (jährlich 17 000). Die allgemeine Wehrpflicht würde abgeschafft; im Kriegsfall müsste zusätzlicher Dienst geleistet werden. Ein Zivildienst von drei bis sechs Monaten Dauer ist ebenfalls vorgesehen.



Die Diskussionen um neue Streitkräftestrukturen in Italien gehen weiter. (Bild: Italienische Soldaten in Mozambique).

In bezug auf die gegenwärtigen Ausgaben würde das neue Modell nach den Vorstellungen des PDS einen Drittel weniger kosten (15 000 Mia Lit). Der

PDS anerkennt, dass sein Modell einen weiteren Einbruch von 20 Prozent für die italienische Rüstungsindustrie mit sich bringen würde. Bt

## Grossbritannien



Britische Kampfschützenpanzer Warrior ausgerüstet mit Zusatzpanzerungen.

### Die Beschaffungsvorhaben der britischen Armee

Die veränderte geostrategische Lage bewirkt auch in Grossbritannien eine Reorganisation und Redimensionierung bei den Streitkräften. Die inzwischen revidierte Planung sieht bei der britischen Armee einen Abbau von früher 156 000 auf noch 119 000 Mann vor. Ferner soll eine Verwaltungsreform rund 2000 Mann für die Truppenverwendung freisetzen.

Kern der Truppe bildet künftig das für die Aufstellung von «Rapid-Deployment-Forces» sowie für «Peace-keeping Missions» vorgesehene ARRC (Allied Rapid Reaction Corps). Hauptverband dieses Korps ist die in Deutschland stationierte 1. britische Panzerdivision, bestehend aus 3 Brigaden. Diese Truppen sollen in der Folge modern, effizient und flexibel ausgerüstet werden, wobei sowohl die Erfahrungen aus dem letzten Golfkrieg als auch die Einsätze aus Ex-Jugoslawien miteinbezogen werden sollen.

Neu für das britische Heer ist die Zuführung von insgesamt 179 Panzerhaubitzen 155 mm AS90, die als Ersatz der Geschütze Abbot (105 mm) und M-109 (155 mm) vorgesehen sind. Gleichzeitig wird der gesamte Artillerieverband (Aufklärung, Feuerleitung usw.) modernisiert. Eingeführt,

resp. erweitert werden in erster Dringlichkeit das Drohnensystem Phoenix und das automatisierte Führungs- und Feuerleitsystem BATES (Battlefield Artillery Target Engagement System). Zusammen mit der AS90 sowie der bereits eingeführten Mehrfachraketenwerfer MLRS erhält damit die königliche britische Artillerie eines der modernsten Artilleriesysteme der heutigen Zeit.

Bei der Fliegerabwehr erhalten die britischen Regimenter in Kürze Komponenten des neuen automatisierten Alarmerungs- und Überwachungssystems ADCIS (Air Defence Command and Information System). Dazu kommen die modernisierten Flab-Lenkaffen Rapier FSC (Field Standard C) und die Hochgeschwindigkeitslenkwaffe Starstreak. Das ADCIS verteilt automatisch die Geschützbefehle und diejenigen für die Überwachung des Luftraumes. Es stellt auch die Verbindung zwischen den Flab-Mitteln auf den Stufen Korps und Division bis zu den einzelnen Flab-Batterien und Feuereinheiten her. Dieses System erhöht in entscheidendem Mass die Flab-Kapazität der Royal Army, wenn es zusammen mit dem Luftwarnsystem ADAD (Air Defence Alerting Device) der Firma Thorn-Emi und den neuen Waffen Rapier FSC und Starstreak eingesetzt wird.

Im Bereich der Kampffahr-

zeuge verzichtet man auf eine Modernisierung der vorhandenen 420 Challenger 1, an deren Stelle sollen 386 neue Panzer Challenger 2 beschafft werden. Die bei den Schützenpanzern Warrior aufgezeigten Schutzverbesserungen sollen vollumfänglich realisiert werden. In das künftige gepanzerte Aufklärungsfahrzeug CVR (Combat Vehicle Reconnaissance) sollen moderne C<sup>3</sup>I-Komponenten eingebaut werden. Allerdings dürften diese Fahrzeuge erst im nächsten Jahrhundert einsatzbereit sein.

Bei der Übermittlung wird ein neues taktisches Funksystem studiert, das die Clansman-Stationen ersetzen soll.

Die neuen Bowman-Geräte sollen bis Ende der 90er Jahre eingeführt sein. Im Bereich der Elektronischen Kampfführung (EKF) steht das neue EW-System Monocle in Entwicklung.

Grundsätzlich werden auch in Grossbritannien die Ausgaben für die Landesverteidigung stark beschnitten. Die laufenden Neuentwicklungen zeigen allerdings den Trend auf: Die Einsparungen durch Redimensionierung sollen möglichst zusätzliche Mittel für neue Projekte freimachen. Wie weit diese in den nächsten Jahren realisiert werden können, dürfte u.a. auch die britische Rüstungsindustrie sehr stark interessieren. Bt

## USA

### Verteidigungsbudget 1995 mit neuen Schwergewichten

Schwerwiegende Probleme bei der Finanzierung des US-Staatshaushaltes sowie das Ende der globalen Ost-West-Konfrontation haben bereits im letzten Jahr erheblich Eingriffe in das amerikanische Verteidigungsbudget zur Folge gehabt. Grundsätzlich setzt sich dieser Trend auch für 1995 fort. Waren es für 1994 261 Mia. US\$, sind für das nächste Jahr 263,7 Mia. geplant, bei Berücksichtigung der Inflation ungefähr 2% weniger als im Vorjahr. In Anbetracht des in Aussicht gestellten Budgetdefizites von rund 175 Mia. US\$ fällt dieser Rückgang relativ bescheiden aus. In seiner Rede an die Nation zu Beginn dieses Jahres hatte der US-Präsident angekündigt, nicht mehr für weitere Kürzungen beim Budget 1995 einzutreten.

Das Grundszenario der angepassten Streitkräftestruktur ist darauf ausgerichtet, gleichzeitig zwei Kriege führen zu können. Neben einem Krieg in Asien, etwa in Korea, soll – falls notwendig – auch ein erfolgreicher Einsatz im Mittleren Osten durchgeführt werden können. Die neue US-Strategie zeigt deutlich auf, dass der Raum Europa stark an Bedeutung verloren hat. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der ursprünglich von Präsident Clinton stark in den Vordergrund gestellten aktiven Friedenserhaltung mit militärischen Mitteln zurückgestuft. Dafür fließen zunehmend Gelder in den

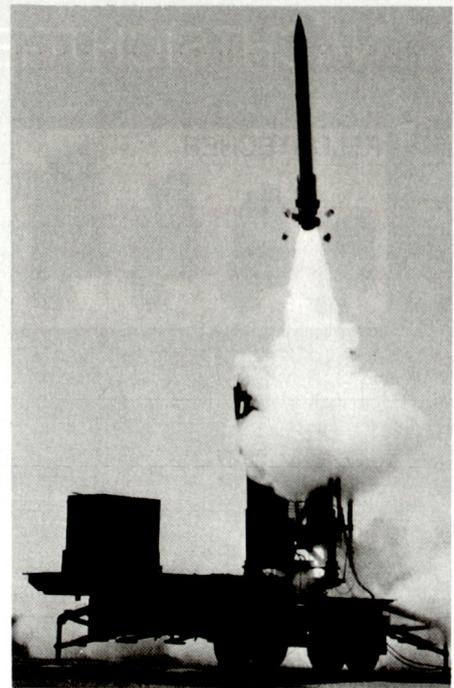
Bereich der allgemeinen Abrüstung, einerseits als Unterstützung zur Absicherung der atomaren Bestände in Osteuropa und andererseits für die Vernichtung/Beseitigung von Massenvernichtungsmitteln. Auch für den Umweltschutzbereich sind Ausgaben von insgesamt 5,7 Mia. geplant.

Bei den Beschaffungsvorhaben fällt auf, dass insgesamt zirka 270 Mia. US\$ durch längerfristige Bestellvorgaben belegt sind. Die neu definierten Vorhaben zeigen auf, dass der Einsatzbereitschaft und der raschen Verlegefähigkeit von Verbänden aus den USA in Krisenregionen erste Priorität zukommt. Dabei sind folgende Bedürfnisse neu definiert worden:

- ein neuer Flugzeugträger (2,4 Mia.),
- ein Lenkwaffenkreuzer (2,9 Mia.),
- Transportschiffe für Logistik (600 Mio.),
- Entwicklung des Grosstransportflugzeuges C-17 (zirka 3 Mia.),
- Modernisierung der Ausbildungsmittel (5 Mia.).

Wie erwartet werden die eingeleiteten Reduzierungen bei der strategischen Raketenabwehr unvermindert weitergeführt. Aufgrund der Lehren aus dem Golfkrieg werden hingegen die Entwicklungen im Bereich solcher operativer Abwehrmittel verstärkt. Weitere massive Kürzungen sind auch bei den Personalausgaben geplant: Auch im nächsten Haushaltsjahr sollen insgesamt 130 000 Personen (zirka 82 000 Soldaten und 50 000 Zivilan-

gestellte) abgebaut werden. Angestrebt wird in der neuen Streitkräftestruktur ein Gesamtbestand von zirka 1,5 Mio. Soldaten und von rund 875 000 zivilen Angestellten.



(Bild: Erint-Abwehr rakete).

## Ungarn

### Probleme bei der Realisierung der Streitkräfte reformen

Die ungarischen Streitkräfte befinden sich seit einigen Jahren in einer Umstrukturierungsphase verbunden mit tiefgreifenden inneren Reformen. Die erste Phase dauerte bis Mitte 1993; in deren Verlauf wurden diverse Strukturpassungen vorgenommen, die auch zu einer Schrumpfung der Bestände geführt haben. Die Zahl der aktiven Soldaten hat sich in dieser Zeit von rund 125 000 auf noch ca. 74 000 reduziert. Dazu kommen noch rund 25 000 Zivilangestellte, die in der Armee arbeiten. Die beschleunigte Bestandesreduktion ist vor allem auf einen massiven Rückgang bei den Wehrdienstleistenden zurückzuführen. So sollen in diesem Jahr nur noch rund 50 000 Soldaten der obligatorischen Militärdienstpflicht von 12 Monaten Dauer nachkommen, gegenüber mehr als 90 000 in den Jahren vor 1989. Gemäss vorliegenden Meldungen können heutzutage aus diversen Gründen mehr als 40% der Pflichten-

gen gar nicht mehr einberufen werden. In den nächsten Monaten dürften allerdings im amerikanischen Kongress noch heftige Diskussionen über die einzelnen Budgetposten geführt werden. hg

gen gar nicht mehr einberufen werden.

In der jetzt laufenden zweiten Reformphase soll die eingetragene, neue Streitkräftestruktur stabilisiert und die Einsatzbereitschaft der Truppe gewährleistet werden. Der Beginn der dritten Phase soll dann ab 1995 anlaufen und schlussendlich – gemäss ursprünglicher Planung – zu einer technischen Modernisierung der Streitkräfte führen. Bereits heute steht aber fest, dass dieses Ziel aus wirtschaftlichen Gründen kaum erreichbar sein wird.

In der Honvedarmee leisteten Ende 1993 noch ca. 22 000 Berufsoffiziere und -unteroffiziere ihren Dienst. Noch vor zwei Jahren betrug diese Zahl über 30 000. Der Anteil der ungarischen Verteidigungsausgaben am Bruttonationalprodukt (BNP) hat sich seit 1990 ständig verringert. Von damals rund 2,5% auf noch knapp 1,8% im letzten Jahr. Für dieses Jahr sind für die ungarische Landesverteidigung Ausgaben im Umfange von 66,5 Mia. Forint vorgesehen. Gemäss Aussagen des Verteidigungsministers

müssen gegenwärtig 95% der für die Landesverteidigung zur Verfügung stehenden Mittel für den personellen und materiellen Unterhalt der Armee ausgegeben werden. Nur gerade 5% stehen demnach für Neubeschaffungen zur Verfügung.

In letzter Zeit sind in der ungarischen Presse von führenden Politikern und Militärs eher kritische Stellungnahmen zu der von den USA initiierten und von der NATO angebotenen Partnerschaft für den Frieden (PFP) veröffentlicht worden. Das westliche Angebot wird in erster Linie zum Anlass genommen, einmal mehr auf die prekäre finanzielle Situation des Staates hinzuweisen. Eine Beteiligung an PFP sei mit den heute zur Verfügung stehenden, äusserst bescheidenen Mitteln für die Landesverteidigung nicht zu verantworten. Die ungarischen Militärs fordern daher eine rasche Aufstockung dieser Gelder, damit eine Anpassung und teilweise Umrüstung auf NATO-Geräte umgehend in die Wege geleitet werden könne. Auch die Politiker und ein grosser Teil der Bevölkerung stehen dem westlichen Vorschlag sehr kritisch gegenüber. Nach der Ablehnung des ungarischen NATO-Aufnahmegesuches kann diese Haltung allerdings einermassen verstanden werden.

Es dürfte für Ungarn schwierig sein, die weiteren vorgesehenen Reformen sowie die geplanten Modernisierungen bei den Streitkräften in den nächsten Jahren durchzuführen. In der gegenwärtigen Situation haben die triste wirtschaftliche Situation sowie die sozialen Aspekte Vorrang. Da zudem ein aktuelles Bedrohungsempfinden fehlt, dürfte die von den Militärs vorge-

brachte Forderung auf eine baldige Aufstockung des Militärbudgets wenig Aussichten auf Erfolg haben. Darum dürfte es in den nächsten Jahren kaum zu einer Beschaffung von ursprünglich gewünschten westlichen Waffen- und Gerätesystemen kommen.

Bis auf weiteres sind Neubeschaffungen nur über allfällige Sonderfinanzierungen, z.B. in Form von Schuldentrückzahlungen durch ehemalige RGW-Partnerstaaten, möglich. Dies hat beispielsweise die Einführung der 28 Kampfflugzeuge MiG-29 aus Russland klar vor Augen geführt. Zudem erhält Ungarn in den nächsten Jahren auf diese Art voraussichtlich auch russische Flak- und Flugkörperabwehrsysteme S-300 V im Werte von rund 800 Mio. US\$. Mit weiteren solchen Beschaffungen ist zu rechnen, was allerdings dazu führt, dass Ungarn forthin mit östlichem Gerät ausgerüstet bleibt. Dies bringt auch weiterhin eine gewisse Abhängigkeit von Russland mit sich. hg

#### Richtlinien der Sicherheitspolitik

Anlässlich eines Vortrages mit Kolloquium am 1.3. bei der Adenauer-Stiftung betonte der ungarische Ministerpräsident Peter Boross, Ungarn werde sich nicht an Massnahmen der NATO gegen Serbien oder andere Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die über die Überwachung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina hinausgehen, beteiligen. Als Gründe führte er an:

– die mehr als ½ Million Ungarn in Serbien,

– die Nichtzugehörigkeit zur NATO mit dem damit verbundenen geringeren Schutz – sowie die gemeinsamen Grenzen und Interessen mit den Staaten im ehemaligen Jugoslawien.

Ungarn will sich politisch und wirtschaftlich energisch und systematisch auf eine Aufnahme in die EU vorbereiten und den Antrag rechtzeitig stellen. Der Bundeskanzler hat seine Unterstützung hierzu zu-

gesagt. Ohne Aufnahme der Visegradstaaten in die NATO bestünde trotz «Partnerschaft für den Frieden» die Gefahr eines Machtvakuaums in Ostmitteleuropa. Der Westen kann nicht an einem instabilen Ostmitteleuropa interessiert sein. Wenn die «Partnerschaft für den Frieden» die Sicherheit dort erhöht, ist sie zu begrüssen. Stehenbleiben darf man dabei nicht. Ungarns Ziel ist die NATO-Zugehörigkeit. Tp

## Russland

### Auswahlverfahren und Ausbildung für das Kader des militärischen Nachrichtendienstes GRU

Gemäss einem Interview einer russischen Zeitung mit einem Oberst aus der Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabes werden die Offiziere für die Hauptverwaltung Aufklärung, d.h. für den militärischen Nachrichtendienst der russischen Streitkräfte, weiterhin sehr konsequent ausgewählt. Im Unterschied zum KGB werden für die militärische Aufklärung GRU heute nur Personen aufgenommen, die eine militärische Ausbildung hinter sich haben. Eine spezielle Kaderwahlgruppe bereist laufend die Stäbe der Militärbezirke und der Armeen und prüft dort die vorgeschlagenen Kandidaten. Ins Auswahlverfahren einbezogen werden zudem Absolventen der militärischen Hochschulen. Die Offiziere der Hochschulen sollen meistens die besseren Voraussetzungen mit sich bringen, etwa 90% der aus diesem Kreis vorgeschlagenen Anwärter soll die vorgelegte Prüfung bestehen. Überprüft wird in einer ersten Phase insbesondere die Kontaktfähigkeit dieser Personen. Ein Jahr später werden dann die Kandidaten nach Moskau eingeladen, wo sie angeblich Hunderte von unterschiedlichen Prüfungen (Grundkenntnisse, Gedächtnisschulung, Fremdsprachen, Reaktionsvermögen und Aufmerksamkeit usw.) bestehen müssen. Diese Einzelprüfungen erfolgen während einer ganzen Woche jeweils vom frühen Morgen bis gegen Abend. Interessant ist, dass gemäss Aussagen des GRU-Oberst nicht unbedingt die Kandidaten mit den besten

Prüfungsergebnissen ausgewählt werden. Jene, die diese Testserie mit Auszeichnung bestehen, werden anscheinend nicht für eine weitere Spezialausbildung aufgebildet. Ein «Aufklärer» soll gemäss russischen Vorstellungen nicht über ausserordentliche Fähigkeiten verfügen, er soll sich nicht zu auffällig vom Durchschnittsmenschen unterscheiden.

Bei der anschliessenden Spezialausbildung der Ausgewählten werden zwei Gruppen unterschieden: Strategische und operative Aufklärung. Die Ausbildung für operative «Aufklärer» erfolgt in der Regel innerhalb der Militärbezirke. Dort gibt es spezielle Zentren für die Ausbildung solcher militärischer Nachrichtenleute. Die Leute für den strategischen Bereich werden in der Hauptverwaltung Aufklärung ausgebildet. Nach Abschluss der GRU-Schule werden diese Offiziere in der Regel in einer der vielen ausländischen Vertretungen eingesetzt. Dabei gibt es dort eine Aufteilung der Aufgaben und Einflussbereiche zwischen KGB und GRU, die sich aber sehr oft auch konkurrieren. Die Mitarbeiter des KGB werden in den Konsulaten, die GRU-Leute in den militärischen Missionen, u.a. bei den Verteidigungsattachés eingesetzt.

In diesem Konkurrenzkampf soll das KGB heute über die besseren Voraussetzungen verfügen; Hauptgrund dafür seien die grösseren verfügbaren finanziellen Mittel. Zudem werden KGB-Offiziere wesentlich besser bezahlt. Allerdings, so wird festgehalten, wird dieser Konkurrenzkampf bewusst weiter gepflegt, weil diese Situation zu einer aktiveren und gezielteren Nachrichtenbeschaffung führe. hg ■



Die ungarischen Streitkräfte haben mit akuten finanziellen Problemen zu kämpfen. (Bild: Panzerhaubitze 2S1, die in Ungarn in Lizenz hergestellt wird.)